

Generationenwechsel bei den Grünen

Der 32-jährige Landrat Alexander Huser ist neuer Präsident der Grünen Nidwalden. Er löst den 65-jährigen Leo Amstutz ab.

Philipp Unterschütz

Einstimmig wählte die Generalversammlung am Montagabend im Wohnheim Nägelgasse in Stans ihren neuen Präsidenten. Unter grossem Applaus bestimmten die 35 Anwesenden den vorgeschlagenen Alexander Huser als Nachfolger von Leo Amstutz. Bereits vergangenes Jahr hatte Amstutz bei der Neubesetzung des Vorstands bekannt gegeben, dass er dieses Jahr nach fünf Jahren Präsidentschaft zurücktreten wolle.

Der 32-jährige Alexander Huser sitzt seit zwei Jahren für die Grünen Nidwalden im Landrat, wohnt in Ennetbürgen und arbeitet als Key Account Manager bei der Bio-Familia AG in Sachseln. Mit ihm bekomme der Vorstand der Grünen «eine junge und tatkräftige Unterstützung», schreibt die Partei in einer Mitteilung und bezeichnet den Wahlausgang selber als Generationenwechsel.

Ökologisch nötig und ökonomisch vertretbar

Gemeint sind damit aber nicht nur die über 30 Jahre Altersunterschied zwischen Huser und Amstutz. Man verbinde mit dem Generationenwechsel neue Ideen und auch Herangehensweisen, erklärt der abgetretene

«Ich möchte, dass wir offener und zugänglicher werden, dass wir unsere Politik quasi vermehrt an Stammtische bringen können.»



Alexander Huser
Präsident Grüne Nidwalden und Landrat, Ennetbürgen

Präsident Leo Amstutz auf Anfrage. «Es wird keine neue Politik der Grünen in Nidwalden geben, aber es gibt neue Argumentationslinien.» Während bei der älteren Generation der grünen Politiker der Umweltschutz oft sehr im Vordergrund stehe, gehe es bei der jungen Generation vermehrt darum, was ökologisch nötig und zugleich ökonomisch vertretbar sei.

Grüne Themen mehrheitsfähiger machen

Alexander Huser, der einen Masterabschluss in Betriebswirtschaft gemacht hat, bestätigt, dass Grünen-Politik die Themen auch aus einem wirtschaftlichen, liberalen Blickwinkel betrachten könne. «Ich möchte, dass wir offener und zugänglicher werden, dass wir unsere Politik quasi vermehrt an die Stammtische bringen können und die Anliegen nicht einfach als utopische Ideen abgetan werden.» Er sei mit seinen 32 Jahren der Zweitjüngste im Landrat, der einen Altersdurchschnitt von 50,7 Jahren aufweise, sagt Huser, der auch auf eine Signalwirkung hofft. «Politik geht auch Junge etwas an. Sie betrifft uns alle, nicht nur ältere Leute.»

Das sei aber nicht nur eine Angelegenheit der Grünen. Dabei ist sich der neue Parteipräsident bewusst, dass es Grünen-Politik im politisch konservativen Nidwalden nicht leicht hat. Trotz der landesweit erfolgreichen grünen Welle. «Wir haben über 13 Prozent Wähleranteil und wollen als Partei mehr gehört werden. Auch wenn wir vergleichsweise schwach sind, ist unser Fokus trotzdem nicht weniger wichtig.» Er sei sicher, dass die Anliegen der Partei – wie die Klimafragen – zu einem Dauerbrenner würden. Der Klimawandel werde auch in Nidwalden Folgen haben und Massnahmen erfordern, beispielsweise in der Landwirtschaft.

Alexander Huser will die Ideen der Grünen mehrheitsfähiger machen. Als Beispiel erwähnt er den Mittagstisch in Ennetbürgen. Das werde breit diskutiert. Die Leute müssten auch ausserhalb der Parteien an solche Themen andocken können. Es sei deshalb wichtig, dass die Partei weiterhin nahe an den Themen in den Gemeinden und beim Kanton dranbleibe, insbesondere in der Sozialpolitik oder beim Umweltschutz.

Leo Amstutz bleibt der Partei erhalten

In ihrer Mitteilung schreiben die Grünen weiter, es sei ein Pluspunkt, dass der neue Präsident auch amtierender Landrat sei.

«Es wird keine neue Politik der Grünen in Nidwalden geben, aber es gibt neue Argumentationslinien.»



Leo Amstutz
alt Präsident Grüne Nidwalden, Beckenried

«Damit kann er von der wichtigen persönlichen Vernetzung profitieren», bestätigt Leo Amstutz aus eigener Erfahrung. Nach seinem Rücktritt aus dem Landrat sei er selber nicht mehr so nahe an den Themen dran gewesen. Er freue sich sehr über die Wahl von Alexander Huser. «Ich bin überzeugt, dass er die erfolgreiche Arbeit des bisherigen Vorstands mit einer Mischung aus Kontinuität und neuen Ideen weiterführen wird.»

Leo Amstutz, ein Urgestein der Grünen in Nidwalden, war seit der Gründung der Grünen-Vorgängerpartei Demokratisches Nidwalden (DN) 1982 an vorderster Front dabei und sass von 2006 bis 2018 im Landrat. Er tritt mit der Wahl von Alexander Huser ins zweite Glied zurück. Er werde der Partei natürlich treu bleiben, aber öffentliche Auftritte werde es von ihm nur noch wenige geben. «Ich bin gerne hingestanden und war gerne das Gesicht der Grünen Nidwalden, aber jetzt kann ich genauso gut zurückstehen.»

An der Generalversammlung wurde sein Engagement denn auch gebührend gewürdigt. Leo Amstutz habe die letzten fünf Jahre dafür gesorgt, dass die Umwelt- und Sozialpolitik der Grünen im Kanton wahrgenommen werde.

Die Prämienverbilligungen in Obwalden sinken

31,2 Prozent der Bevölkerung sollen 2020 Verbilligungen erhalten. Die Regierung beantragt einen höheren Selbstbehalt als letztes Jahr.

2020 erhalten die Obwaldnerinnen und Obwaldner weniger Prämienverbilligungen. Eine alleinstehende Person mit einem Bruttoeinkommen von 30 000 Franken erhält beispielsweise 312 Franken weniger als noch im Vorjahr, ein Ehepaar mit zwei Kindern und 50 000 Franken Bruttoeinkommen 515 Franken weniger. 31,2 Prozent der Obwaldner erhalten Prämienverbilligungen, gegenüber 32,6 Prozent im Vorjahr. 2018 waren es 33,9 Prozent, 2017 30,4 Prozent.

Der Bundesrat empfiehlt, dass ein Drittel der Bevölkerung Verbilligungen erhalten soll. «Wir sind sehr nahe am Drittel dran, auch im Vergleich mit anderen Kantonen», sagt Patrick Csomor, Leiter des Obwaldner Gesundheitsamts, auf Anfrage. Schweizweit weisen nur fünf Kantone eine höhere Bezügerquote als der Kanton Obwalden auf, wie die Regierung in ihrem Bericht zuhanden des Kantonsrats ausführt; nämlich Uri, Bern, Schaffhausen, Graubünden und Waadt.

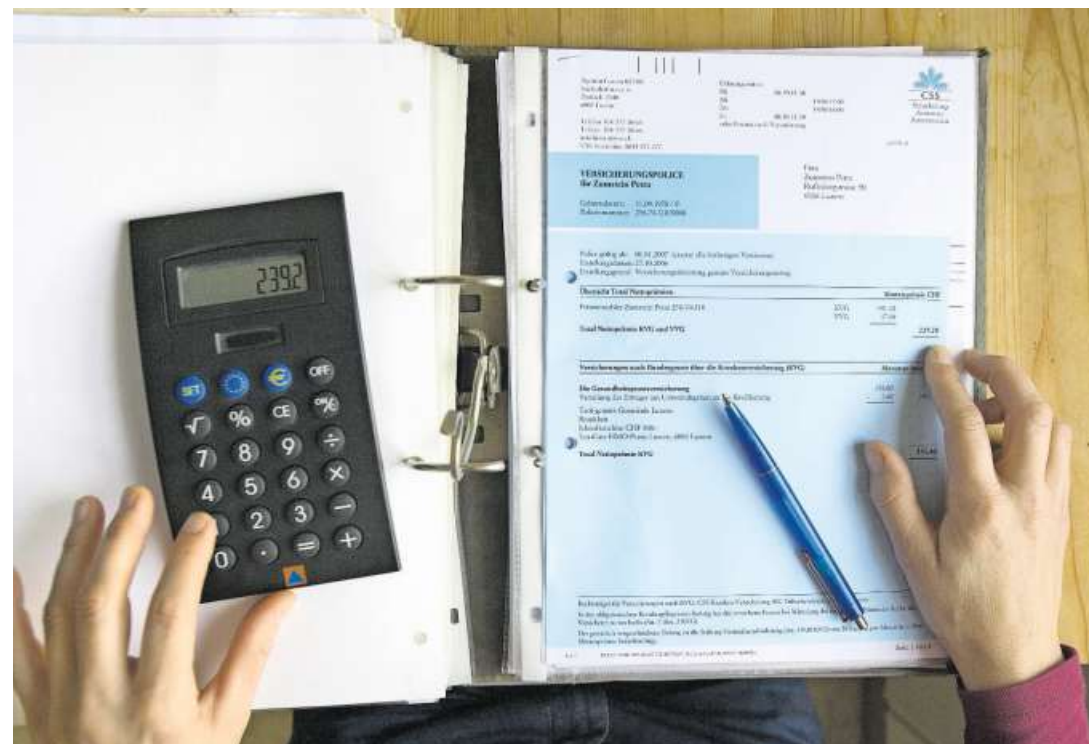
Auch die Pro-Kopf-Belastung der Einwohner zur Finanzierung der individuellen Prämienverbilligungen liegt mit 588 Franken höher als der Landesdurchschnitt von 564 Franken. 67,2 Prozent des verfügbaren Betrags werden in Obwalden für Personen mit einem anrechenbaren Einkommen bis 20 000 Franken eingesetzt. 94

Prozent der Bezüger werden über ein anrechenbares Einkommen von weniger als 50 000 Franken verfügen.

Das Budget soll möglichst ausgeschöpft werden

Der Kantonsrat wird in seiner Sitzung vom 19. März wie jedes Jahr abschliessend den Selbstbehalt festlegen, also den Anteil der Prämie, den ein Versicherter selber beantragen muss. Die Regierung beantragt einen Selbstbehalt von 11,25 Prozent bis zu einem anrechenbaren Einkommen von 35 000 Franken. Danach soll der Selbstbehalt pro 100 Franken anrechenbaren Einkommens um je 0,01 Prozent steigen. 2019 wurde der Selbstbehalt auf 10,75 Prozent festgelegt – entgegen dem Protest der linken Parteien, welche die 10,5 Prozent von 2018 beibehalten wollten.

«Mit dem diesjährigen Prozentsatz wollen wir das Budget für die Prämienverbilligungen bestmöglich ausschöpfen können», führt Patrick Csomor aus. Dieses liegt mit 21,8 Millionen Franken (davon 9,5 Millionen vom Kanton, 12,3 Millionen vom Bund) rund 2,8 Millionen Franken tiefer als im Vorjahr. Von den damaligen 24,5 Millionen Franken wurden jedoch nur 21,2 Millionen wirklich ausbezahlt. Um näher an den tatsächlich geleisteten Prämienverbilligungen zu landen, wurde dieses Jahr erstmals aufgrund der



Ein Drittel der Bevölkerung soll Prämienverbilligungen erhalten.

Symbolbild: Martin Ruetschi/Keystone

Wer 2020 wie viel Prämienverbilligung erhält

	Bruttoarbeitseinkommen in Franken					
	15 000	30 000	40 000	50 000	70 000	100 000
	Prämienverbilligung in Franken					
Alleinstehend, ab 26 Jahren	2712	1385	563	keine	keine	keine
Ehepaar, zwei Kinder	10380	10031	9120	8209	6159	1991
Doppelverdiener	7562	6200	5289	4378	2065	keine
Alleinstehend, zwei Kinder	6318	5182	4271	3359	1805	keine

vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) ermittelten mittleren Prämien budgetiert. Bis anhin wurden die Durchschnittsprämien verwendet, «was zu tendenziell höheren Budgetbeträgen führte, als dann tatsächlich benötigt wurden», so Csomor.

21,6 Millionen Franken sollen ausbezahlt werden

Dieses Jahr rechnet der Kanton aufgrund von Modellrechnungen mit einem auszubehaltenden Betrag von 21,6 Millionen Franken. Er liegt damit sehr nahe am budgetierten Betrag. «Eine Punktlandung ist jedoch eher nicht realistisch», sagt Patrick Csomor. Denn der tatsächlich geleistete Betrag ist abhängig von verschiedenen Faktoren, unter anderem der Rücklaufquote der Antragsformulare. 2019 reichten ganze 1074 voraussichtlich beitragsberechtigte Personen ihre Formulare nicht ein.

Relevant sind aber auch die Werte der effektiven Steuerveranlagung des Jahres 2018, die den Modellrechnungen nur zum Teil zugrunde liegen. Trotz der realistischeren Budgetierung sei es daher auch denkbar, dass das Budget überzogen oder auch unterschritten werde, führt Patrick Csomor aus. «Die Gründe für solche Abweichungen könnten wir ohne weiteres belegen.»